

Verkehr & Smart Mobility

Kaufkraft-Debatte erschwert Klimaschutz im Verkehr

Damit Frankreichs Klimaziele noch erreicht werden können, bräuchte es einen wahren Kraftakt des neugewählten Präsidenten oder der Präsidentin. Allerdings lässt Macrons Umgang mit der Spritpreis-Debatte an seiner Entschlossenheit zweifeln. Und mit Le Pen wären Frankreichs klimapolitische Ambitionen de facto begraben. Eine Analyse.



von Franz Paul Helms

veröffentlicht am 22.04.2022

In Frankreich gehen die Umsetzung von **Klimaschutz** und **Energiewende** nur langsam voran: CO₂-Emissionen aus **Verkehr**, Landwirtschaft und Industrie *stagnieren* (<https://www.insee.fr/fr/statistiques/2015759>). Das Land produziert den überwiegenden Teil seines Stroms aus Kernenergie – der Ausbau erneuerbarer Energien verläuft schleppend.

Umso überraschender scheint es, dass **Klimaschutz kaum eine Rolle** im französischen Präsidentschaftswahlkampf **gespielt** hat. Bis zum ersten

Wahldurchgang wurden nur etwa *fünf Prozent der Redezeit* (<https://laffairedusiecle.net/wp-content/uploads/2022/04/20220406-CP-Barom%C3%A8tre-climat.docx.pdf>) aller Kandidat:innen dem Klima oder der Umwelt gewidmet.

Mit dem Duell zwischen dem Amtsinhaber **Emmanuel Macron** und der rechtsextremen **Marine Le Pen** hat sich das geändert. Denn: für die Stichwahl am Sonntag sind **Klimathemen von großer Bedeutung**, um unentschiedene linke Wähler:innen für sich zu gewinnen. Was aber fordern die beiden Kandidat:innen?

Macrons klimapolitischer Opportunismus

Offiziell versäumt Macron keine Gelegenheit, sich als engagierter Klimapolitiker zu geben. In seinem Wahlkampf hatte Klimapolitik allerdings lange eine untergeordnete Rolle gespielt. Pünktlich zur Stichwahl legte er nochmal kräftig nach: bei einer Wahlveranstaltung in Marseille vergangenes Wochenende *beschwor* (https://www.francetvinfo.fr/meteo/climat/discours-d-e-macron-sur-l-ecologie-on-se-demande-s-il-y-aura-quelque-chose-de-bien-concret-derriere-reagit-france-nature-environnement_5086075.html) Macron, dass Frankreich unter ihm zu einer „mächtigen und nachhaltigen Nation werden wird, die sich **als erste von Gas, Öl und Kohle unabhängig** machen wird“. Bei einer Wiederwahl wolle er das Tempo zur Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen verdoppeln, erklärte Macron. Was genau das in der Praxis bedeutet, blieb zunächst ungeklärt.

Umweltorganisationen *kritisieren* (<https://www.greenpeace.fr/ecologie-climat-bilan-emmanuel-macron/>) Macron für den **schleppenden Ausbau erneuerbarer Energien** und den nur **langsam zurückgehenden Ausstoß von Treibhausgasen** während seiner Amtszeit. Tatsächlich bewegt sich Macron in einem schwierigen politischen Kontext für die Umsetzung von Klimamaßnahmen. 2017 hatte die **Erhöhung der CO₂-Steuer** zu einer Teuerung von Benzin- und Dieselpreisen geführt. Über Monate hinweg

legten die **Proteste der sogenannten Gelbwesten** das ganze Land lahm. Seitdem ist die soziale Verträglichkeit die Achse, um die sich Klimapolitik auch in Frankreich dreht.

Macron fürchtet weiter hohe Spritpreise

Wie sehr die Regierung von Emmanuel Macron steigende Spritpreise fürchtet, zeigte sich erneut, als der **Krieg in der Ukraine** die Preise für Öl und Gas in die Höhe trieb. Rasch kündigte Ministerpräsident Jean Castex einen **Tankrabatt von 15 Cent pro Liter** Kraftstoff an. Eine Entscheidung, die auch mit dem laufenden Präsidentschaftswahlkampf zu tun gehabt haben dürfte.

Denn Macrons Rivalin Le Pen hatte die **schwindende Kaufkraft der Franzosen und Französinen** strategisch geschickt zu ihrem wichtigsten Thema gemacht. Und gerade in der mit öffentlichen Verkehrsmitteln *schlecht erschlossenen französischen Provinz* (<https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet/frankreichs-buerger-holen-sich-die-bahn-zurueck>) ist der Spritpreis, wie die Gelbwesten zeigten, traditionell das wichtigste Symbol für **gestiegene Lebenshaltungskosten**. Angesichts der Wucht der Kaufkraft-Debatte in diesem Wahlkampf stellt sich deshalb die Frage, wie Macron bei einem Sieg in der Stichwahl in seiner zweiten Amtszeit höhere Preise für fossile Energie und damit auch Sprit durchsetzen will.

Macrons nach den Gelbwesten-Protesten gestarteter Versuch, durch einen **Bürgerrat** mehr Zustimmung für die **Umsetzung von Klima- und Umweltmaßnahmen** zu erlangen, war kein politischer Erfolg. In der öffentlichen Wahrnehmung haben es zu viele Forderungen der Versammlung nicht oder nur in abgeschwächter Form in das 2021 verabschiedete **Klimagesetz** geschafft. „Macron setzt auf Kompromisse“, sagt **Daniel Boy**, Politikwissenschaftler an der Sciences Po Paris Background. „Seine Vision des Klimawandels ist vor allem ein **Abwägen zwischen Wirtschaft und Umwelt**.“

Macron verspricht staatliches Leasingprogramm für Elektroautos

Macrons **Wahlprogramm** ist Ausdruck dieses Spagats: **Anreize statt Einschnitte**. In einer nächsten Amtszeit möchte Macron jährlich 700.000 Wohnungen energetisch renovieren. Durch ein **staatliches Leasing-Programm** sollen **Elektroautos** kostengünstig an die Bürger:innen gelangen.

Außerdem will Macron den Ausbau von erneuerbaren Energien vorantreiben: bis zu **50 neue Offshore-Windparks** sollen an Frankreichs Küsten entstehen. Kernenergie wird trotzdem der wichtigste Energieträger bleiben. Macron will mindestens **sechs neue Reaktoren** während seiner Amtszeit bauen lassen. Zudem soll zukünftig der Premierminister für die Umsetzung der Klima- und Umweltpolitik zuständig sein.

Doch reicht das, damit Frankreich seine Klimaziele erreichen kann? Oliver Boy ist skeptisch: „Abgesehen von ein paar wenigen, konkreten Maßnahmen, **bleibt Macrons Klimaprogramm vage**.“ So bleiben Fragen bezüglich der Zukunft von Verbrennungsmotoren und der Entwicklung von Energiepreisen zunächst unbeantwortet.

Widersprüche von Le Pens rechtsextremer „Ökologie“

Marine Le Pen und ihre Partei, die rechtsextreme **Rassemblement National**, fielen bislang vor allem durch ihre **Ablehnung klimapolitischer Positionen** auf. Noch 2010 *warnte* (<https://www.franceculture.fr/emissions/le-billet-politique/le-billet-politique-du-mardi-09-mars-2021>) Le Pen: „Glauben Sie mir, bald wird Ihnen Ihr Auto verboten. Nachdem Ihr Haus dann von einem illegalen Einwanderer übernommen wurde, dürfen Sie zu Hause nur noch Kerzen benutzen.“

Le Pens Wahlprogramm dreht sich um Einwanderung, Sicherheit im öffentlichen Raum und die sogenannte „*Auslöschung islamistischer Ideologien*“ (<https://mlafrance.fr/pdfs/22-mesures-pour-2022.pdf>). Die

Klimakrise wird mit keinem Wort im 22-Punkte-Plan des Rassemblement National zur Präsidentschaftswahl erwähnt. Stattdessen findet sich auf der Webseite der Partei ein **Sonderheft zum Thema „Ökologie“**.

Le Pen und ihre Partei verstehen **Umweltschutz als eine Art Heimatschutz**. Er dient vornehmlich dazu, die Lebensqualität der Franzosen zu sichern und Frankreich von „*äußeren Einflüssen unabhängig zu machen* (<https://mlafrance.fr/pdfs/projet-lecologie.pdf>)“. Wie Macron setzt die Kandidatin bei der Energiepolitik auf Atomstrom und den Bau neuer Reaktoren.

Gleichzeitig fordert Le Pen eine **Abkehr von Windkraft und Solaranlagen**. Dafür will sie nicht nur den Bau neuer Windkraftanlagen stoppen, sondern bereits vorhandene Anlagen rückbauen lassen. Offiziell möchte Le Pen am Pariser Klimaabkommen festhalten. Für Oliver Boy steht aber fest: „Mit diesen Maßnahmen wäre es für Frankreich unmöglich, seine Klimaziele zu erreichen.“

Kulturkampf ums Auto

Das **Auto** versteht Le Pen als „hervorragendes **Mittel der Freiheit**.“ Die Strategie der Europäischen Union, Verbrennungsmotoren bis 2035 zu verbieten, lehnt sie ab. Stattdessen will Le Pen die Politik der letzten Jahre zurückschrauben und unter anderem die *Mehrwertsteuer auf Treibstoffe senken* (<https://mlafrance.fr/pdfs/22-mesures-pour-2022.pdf>), Autobahnen zurück in Staatsbesitz holen und **Umweltzonen in französischen Städten abschaffen**. Dafür sollen junge Menschen zu bestimmten Zeiten gratis Zug fahren können.

Der größte Widerspruch der rechtsextremen Ökologie ist, dass sie zwar Umweltprobleme benennt (Luftverschmutzung, Artensterben oder trockene Böden etwa), diese aber nicht auf den Klimawandel zurückführt. Europäische und internationale klimapolitische Verpflichtungen bezeichnet Le Pen in ihrem Programm gar als „**Klima-Terrorismus**“.

Ihre Partei betrachtet die Klimaziele als **Einschränkung von Frankreichs staatlicher Souveränität**, getreu dem Motto: „Warum sollen die Franzosen für die (Umweltverschmutzung) der anderen bezahlen?“ Im Falle ihres Wahlsieges will Le Pen deshalb **aus dem europäischen Green Deal austreten** und die Taxonomie der EU neu verhandeln. „Das würde zu erheblichen Verwerfungen und Rechtsstreits mit der europäischen Union führen“, sagt Oliver Boy.

Eine Stichwahl für das Klima

Bei allen Unterschieden sind sich die beiden Kandidat:innen in ihrem Rückhalt für die Kernenergie einig. Viele Beobachter:innen trauen zudem weder Macron noch von Le Pen den **nötigen Kraftakt** zu, den es zur Einhaltung von Frankreichs Klimazielen bräuchte. Dennoch ist aus klimapolitischer Sicht nicht egal, wer gewinnt.

Vielmehr entscheidet die Wahl am kommenden Sonntag über nichts Geringeres als die Zukunft der französischen und europäischen Energie- und Klimapolitik. Denn ohne den Ausbau erneuerbarer Energien rücken die Klimaziele für Frankreich in weite Ferne. Le Pens Wahlprogramm mit seiner Abkehr von Wind- und Solarkraft kommt daher einer **Absage an den Klimaschutz** gleich.